

Leistungsverzeichnis

**über die
Übernahme, Sortierung und Verwertung von
stoffgleichen Nichtverpackungen „sNVP“
(AVV 150106)**

Übernahme, Sortierung und Verwertung von stoffgleichen Nichtverpackungen

Los	Leistung	AVV-Nr.	Abrechnung in	Menge	Mengen- einheit (ME)	Netto-Einheits- preis pro ME in [€]	Netto-Gesamt- Kosten in [€]
1	Übernahme, Sortierung und Verwertung von stoffgleichen Nichtverpackungen	150106	€/t	8.400 t	t		

**Nettogesamtkosten für den Leistungszeitraum
vom 01.01.2027 bis 31.12.2029 (36 Monate)**

€

– Checkliste –

Hinweis:

Die Angaben und Eintragungen in dieser Anlage sollen vollständig gemacht werden. Sollten Angaben, Eintragungen oder Nachweise fehlen bzw. nach Aufforderung durch die AG nicht umgehend nachgereicht werden, kann das abgegebene Angebot unberücksichtigt bleiben.

Nachweise gem. Ziffer 1.5 der Vorbemerkung zum Leistungsverzeichnis sollten hingegen mit Angebotsabgabe abgegeben werden. Dies gilt auch dann, wenn die dort benannten Nachweise in dieser Anlage angesprochen werden.

Allgemeine Unternehmensdaten

Firmenname _____

Hausanschrift:

 Straße und Hausnummer _____

 Postleitzahl und Ort _____

Ansprechpartner/-in: _____

Telefon: _____

Dienstliche Mobilfunknummer:
(falls vorhanden) _____

Telefax (falls vorhanden): _____

E-Mail: _____

Zuständige Vertretungsperson: _____

Telefon: _____

Dienstliche Mobilfunknummer:
(falls vorhanden) _____

Telefax (falls vorhanden): _____

E-Mail: _____

Handelsregister-Nummer _____

 - bei welchem Amtsgericht _____

Anlage 1

Umsatzsteuer-Ident-Nr.

Mitglied der Berufsgenossenschaft

seit:

unter Nr.:

Unser/mein Unternehmen ist
präqualifiziert
durch:

☐ ja / ☐ nein

seit:

im Präqualifizierungsverzeichnis
eingetragen unter der Nr.:

Unser/mein Unternehmen ist
auf der Plattform Gate50
registriert

☐ ja / ☐ nein

Verwertungsanlage

Angaben zur Aufbereitungs-/Verwertungsanlage
(Bezeichnung der Anlage/Anschrift/Betreiber)

Ansprechpartner der AN auf der Anlage
(Name, Tel.-Nr., Fax-Nr., E-Mail)

Anlage 1

Zuständiger Vertreter der AN auf der Anlage
(Name, Tel-Nr., Fax-Nr., E-Mail)

Liegt die Bundesimmissionsschutzgenehmigung für die
Erstbehandlungs-/Erstverwertungsanlage dem Angebot bei?
(Auszug aus Genehmigungsbescheid inkl. Annahmekatalog)

☐ ja / ☐ nein

Besitzt die Erstbehandlungs-/Erstverwertungsanlage
eine Zertifizierung als Entsorgungsfachbetrieb
nach §56 KrWG?
Zertifikat bitte dem Angebot beifügen.

☐ ja / ☐ nein

Zertifizierung nach DIN EN ISO 9001
Zertifikat bitte dem Angebot beifügen.

☐ ja / ☐ nein

Zertifizierung nach DIN EN ISO 14001
Zertifikat bitte dem Angebot beifügen.

☐ ja / ☐ nein

Kapazität der Erstbehandlungs-/Erstverwertungsanlage in t/a?

_____ t/a

Verwertungsanlage in Betrieb seit:

Ist die AN selber Betreiber der Verwertungsanlage

☐ ja / ☐ nein

wenn nein

Ist dem Angebot eine schriftliche Bestätigung des
Anlagenbetreibers hinsichtlich der Übernahme der im
Leistungszeitraum anfallenden Mengen an
stoffgleichen Nichtverpackungen beigelegt?

☐ ja / ☐ nein

Zahlungsbedingungen

(Keine Pflichtangabe, Angabe freiwillig) *
(Bewertungskriterium)

_____ Tage _____ % Skonto, **30** Tage netto

* Sofern hier keine anderslautende Eintragung vorgenommen wird, gilt die Zahlungsvereinbarung 14 Tage mit Abzug von 3 % Skonto, 30 Tage netto, als vereinbart. (gemäß Punkt 7 der kaufmännischen Vorbemerkungen und Punkt IX. 2 der „Allgemeinen Einkaufsbedingungen der Wirtschaftsbetriebe Duisburg – AöR“)

Sonstige Daten, Erklärungen und Angaben

- Akzeptieren Sie, dass für die Ausführung der Leistung ausschließlich die in der Ausschreibung genannten Bedingungen und die „Allgemeinen Einkaufsbedingungen der WBD-AöR“ gelten und Anwendung finden? ☐ ja / ☐ nein

- Verfügt Ihr Unternehmen über ausreichend qualifiziertes Personal um die ausgeschriebenen Leistungen ordnungsgemäß auszuführen? ☐ ja / ☐ nein

- dass ich/wir die gewerberechtlichen Voraussetzungen für die Ausführung der angebotenen Leistung erfülle(n) ☐ ja / ☐ nein

Ich/wir versichern mit Abgabe des Angebotes,

dass das Nichtausfüllen oder die Unrichtigkeit vorstehender Angaben zum Ausschluss vom Vergabeverfahren sowie zur Kündigung eines etwa erteilten Auftrages führen kann.

Dienstleistungen

Formblatt F 1

Referenzen der letzten drei Jahre

(von der Bieterin, von den Mitgliedern/-innen der Bieterinnengemeinschaft auszufüllen. Für die Beschreibung bzw. Darstellung weiterer Referenzprojekte ist das Formblatt zu vervielfältigen bzw. es können ggf. Zusatzblätter oder zusätzlich eigene Unterlagen als Anlagen verwendet werden.

Name der Bieterin, des Mitglieds der Bieterinnengemeinschaft oder des Drittunternehmens, auf dessen Eignung sich die Bieterin stützen möchte:

Projektbezeichnung:

Auftraggeberin:

Ansprechpartner:

Kontakt Daten (Tel./ E-Mail):

eigene Leistungsinhalte:

Leistungszeitraum:

Projektvolumen netto (€):

weitere Beschreibung des Auftragsgegenstandes (mit Angabe der Funktion bzw. des eigenen Leistungsumfanges und eigenen Projektvolumens der Bieterin bzw. des Mitglieds der Bieterinnengemeinschaft), ggf. Verweis auf eigene Unterlagen, die diesem Formblatt als Anlagen beigelegt sind.

Dienstleistungen

Formblatt F2

Erklärung zu den Gesamtumsätzen sowie zu den Umsätzen mit Projekten, die mit den vorliegenden strukturell vergleichbar sind

(von der Bieterin, bei Bieterinnengemeinschaften von den Mitgliedern einzeln auszufüllen. Das Formblatt ist erforderlichenfalls zu vervielfältigen).

Gesamtumsätze	2025	_____ EUR
Umsätze bezogen auf vergleichbare Projekte	2025	_____ EUR
Gesamtumsätze	2024	_____ EUR
Umsätze bezogen auf vergleichbare Projekte	2024	_____ EUR
Gesamtumsätze	2023	_____ EUR
Umsätze bezogen auf vergleichbare Projekte	2023	_____ EUR

Dienstleistungen

Formblatt F3

Erklärung zu den jahresdurchschnittlich Beschäftigten in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren,

(von der Bieterin, bei Bieterinnengemeinschaften von den Mitgliedern einzeln auszufüllen. Das Formblatt ist erforderlichenfalls zu vervielfältigen).

Mitarbeiter /-innen Gesamt	2025	_____
Technische Mitarbeiter / -innen	2025	_____
Mitarbeiter / -innen Gesamt	2024	_____
Techn. Mitarbeiter / -innen	2024	_____
Mitarbeiter / -innen Gesamt	2023	_____
Techn. Mitarbeiter / -innen	2023	_____

Dienstleistungen

Formblatt F4

Eigenerklärung anstelle eines Wettbewerbsregistrauszuges

**im Zusammenhang mit dem Ausschluss von öffentlichen Aufträgen
nach § 21 des Gesetzes zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegalen
Beschäftigung (SchwarzArbG), § 21 Abs. 1 des Gesetzes über zwingende
Arbeitsbedingungen für grenzüberschreitend entsandte und für regelmäßig im
Inland beschäftigte Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (AEntG) sowie § 19
Abs. 1 des Gesetzes zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns (MiLoG)**

1. Ich/Wir erkläre/n mit Abgabe des Angebotes, dass weder der Betriebsinhaber (Einzelunternehmen), dieses Unternehmen (Juristische Personen oder Personenvereinigungen) selbst, noch ein der nach Satzung oder Gesetz Vertretungsberechtigter dieses Unternehmens wegen eines Verstoßes in den letzten drei Jahren
 - nach den in § 21 SchwarzArbG genannten Vorschriften mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von wenigstens 2.500 Euro oder
 - wegen eines in § 21 Abs. 1 AEntG genannten Verstoßes gegen § 23 AEntG mit einer Geldbuße von wenigstens 2.500 Euro oder
 - wegen eines in § 19 Abs. 1 MiLoG genannten Verstoßes gegen § 21 MiLoG mit einer Geldbuße von wenigstens 2.500 Euro.
 belegt worden sind.

2. Mir/uns ist bewusst, dass wissentlich falsche Angaben in den vorstehenden Erklärungen meinen/unseren Ausschluss von der Auftragserteilung zur Folge haben können.

3. Ich/Wir habe(n) zur Kenntnis genommen, dass auch im Falle der vorstehenden Erklärung öffentliche Auftraggeber jederzeit zusätzlich Auskünfte des Wettbewerbsregisters nach § 6 Abs. 1 des WRegG in der aktuell gültigen Fassung anfordern können.

(Ort, Datum)

(Firmenstempel, Unterschrift *)

Hinweis:

Falls Sie diese Erklärung nicht abgeben können, besteht die Möglichkeit, mittels einer selbst zu erstellenden Anlage zu diesem Vordruck darzulegen und nachzuweisen, dass aus Ihrer Sicht ausreichende Maßnahmen getroffen wurden, damit trotz des Vorliegens eines der genannten Ausschlussgründe dieser nicht zur Anwendung kommt (Selbstreinigung). Bezeichnen Sie bitte Ihre Ausführungen als „Anlage zum Formblatt ...“ und reichen Sie diese Anlage zusammen mit Ihrem Angebot ein.

* Von der Bieterin, bei Bietergemeinschaften von jedem Mitglied sowie von jedem eingebundenen Drittunternehmen, auf dessen Eignung sich die Bieterin stützen möchte, zu unterschreiben. Das Formblatt ist erforderlichenfalls zu vervielfältigen

Dienstleistungen

Formblatt F 5

Erklärung zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Sozialbeiträgen

(von der Bieterin, bei Bieterinnengemeinschaften von jedem Mitglied einzureichen.
Das Formblatt ist erforderlichenfalls zu vervielfältigen.)

Name der Bieterin, des Mitglieds der Bieterinnengemeinschaft oder des Drittunternehmens:

Ich/Wir erkläre (n) mit Abgabe des Angebotes, dass

Ich/wir meinen/unseren Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie
der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung nachgekommen bin/sind.

Ich/Wir nehme(n) zur Kenntnis, akzeptiere(n) und bestätige(n), dass ein Bieter vom
Verfahren ausgeschlossen werden kann, wenn sich im Rahmen der Überprüfungen
anlässlich der Bieterauswahl oder der Angebotsprüfung Angaben als unrichtig
erweisen.

Achtung: Das Formblatt ist von der Bieterin, bei Bieterinnengemeinschaften von jedem
Mitglied sowie von jedem eingebundenen Drittunternehmen, auf dessen Eignung sich
die Bieterin stützen möchte, einzureichen. Das Formblatt ist erforderlichenfalls zu
vervielfältigen.

Dienstleistungen

Formblatt F 6

Erklärung zur illegalen Beschäftigung von Arbeitskräften

(von der Bieterin, bei Bieterinnengemeinschaften von jedem Mitglied zu einzureichen.
Das Formblatt ist erforderlichenfalls zu vervielfältigen.)

Name der Bieterin, des Mitglieds der Bieterinnengemeinschaft oder des Drittunternehmens:

Ich/Wir erkläre (n) mit Abgabe des Angebotes, dass

ich/wir wegen illegaler Beschäftigung von Arbeitskräften in den letzten 2 Jahren nicht
mit einer Freiheitsstrafe von mehr als 3 Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als
90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500,00 Euro belegt worden
bin/sind,

Ich/Wir nehme(n) zur Kenntnis, akzeptiere(n) und bestätige(n), dass ein Bieter vom
Verfahren ausgeschlossen werden kann, wenn sich im Rahmen der Überprüfungen
anlässlich der Bieterauswahl oder der Angebotsprüfung Angaben als unrichtig
erweisen.

Achtung: Das Formblatt ist von der Bieterin, bei Bieterinnengemeinschaften von jedem
Mitglied sowie von jedem eingebundenen Drittunternehmen, auf dessen Eignung sich
die Bieterin stützen möchte, einzureichen. Das Formblatt ist erforderlichenfalls zu
vervielfältigen.

Dienstleistungen

Formblatt F 7

Erklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen

Name der Bieterin:

Ich /Wir erkläre (n) mit Abgabe des Angebotes, dass

1. das Unternehmen zahlungsfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens nicht das Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat;
2. das Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich keine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens in Frage gestellt wird;
3. das Unternehmen keine Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder verhindern;
4. kein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den / die öffentliche /-n Auftraggeber /-in tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte;
5. das Unternehmen nicht bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war;
6. das Unternehmen nicht eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrages erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadenersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat;
8. keine vorsätzlich unzutreffenden Erklärungen im Vergabeverfahren, insbesondere in Bezug auf die Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit des Unternehmens, abgegeben habe(n) und auch nicht abgeben werde(n).

Ferner erkläre ich / wir, dass keine Person, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt ist wegen:

1. § 129 des Strafgesetzbuches (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuches (Bildung terroristischer Vereinigungen), § 129b des Strafgesetzbuches (kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland);
2. § 89c des Strafgesetzbuches (Terrorismusfinanzierung oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung

- finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz Nummer 2 Strafgesetzbuches zu begehen;
3. § 261 des Strafgesetzbuches (Geldwäsche, Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte);
 4. § 263 des Strafgesetzbuches (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Gemeinschaften oder gegen Haushalte richtet, die von den Europäischen Gemeinschaften oder in deren Auftrag verwaltet werden;
 5. § 264 des Strafgesetzbuches (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Gemeinschaften oder gegen Haushalte richtet, die von den Europäischen Gemeinschaften oder in deren Auftrag verwaltet werden;
 6. § 299 des Strafgesetzbuches (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr);
 7. § 108e des Strafgesetzbuches (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern);
 8. §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuches (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch mit § 335a StGB (Ausländische und internationale Bedienstete) auch in Verbindung mit Artikel 2 des EU-Bestechungsgesetzes, Artikel 2 § 1 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung, Artikel 7 Absatz 2 Nummer 10 des Vierten Strafrechtsänderungsgesetzes und § 2 des Gesetzes über das Ruhen der Verfolgungsverjährung und die Gleichstellung der Richter und Bediensteten des Internationalen Strafgerichtshofes;
 9. Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
 10. §§ 232 und 233 Strafgesetzbuches (Menschenhandel) oder § 233a Strafgesetzbuches (Förderung des Menschenhandels).

Einem Verstoß gegen diese Vorschriften oder die diesen gleichgesetzt sind Verstöße gegen entsprechende Strafnormen anderer Staaten begangen zu haben.

Ein Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn sie für dieses Unternehmen bei der Führung der Geschäfte selbst verantwortlich gehandelt hat oder ein Aufsichts- oder Organisationsverschulden gemäß § 130 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) einer Person im Hinblick auf das Verhalten einer anderen für das Unternehmen handelnden, rechtskräftig verurteilten Person vorliegt.

Ich / Wir nehme /-n zur Kenntnis, akzeptiere /-n und bestätige /-n, dass ein /-e Bieter /-in vom Verfahren ausgeschlossen werden kann, wenn sich im Rahmen der Überprüfungen anlässlich der Bieter /-innenauswahl oder der Angebotsprüfung Angaben als unrichtig erweisen.

Dienstleistungen**Formblatt F 8****Erklärung zur Bildung einer Bieterinnengemeinschaft**

Wir; die unterzeichnenden Bieterinnen, erklären, dass wir beabsichtigen, die angebotene Dienstleistung gemeinsam als Arbeitsgemeinschaft auszuführen.

Name der Bieterinnengemeinschaft:

Bevollmächtigter Vertreter:

Name, Adresse

Konto, auf das Zahlungen im Auftragsfall
zu zahlen sind:

Bankinstitut

Bankleitzahl

Kontonummer

Der bevollmächtigte Vertreter ist berechtigt, für die Bewerber-/Bieterinnengemeinschaft alle rechtlich erheblichen Erklärungen abzugeben und entgegen zu nehmen. Insbesondere ist er berechtigt, Zahlungen an die Bewerber-/Bieterinnengemeinschaft mit Erfüllungswirkung anzunehmen. Wir erklären, dass wir im Auftragsfall eine Arbeitsgemeinschaft bilden und für alle Verbindlichkeiten dieser Arbeitsgemeinschaft gesamtschuldnerisch haften werden.

Die Mitglieder übernehmen folgende Leistungsteile / Leistungselemente des Auftrags:

Mitglied 1

(Bezeichnung der Leistung)

Mitglied 2

(Bezeichnung der Leistung)

Mitglied 3

(Bezeichnung der Leistung)

Mitglied 4

(Bezeichnung der Leistung)

Mitglied 1
Name, Adresse
Unterschrift(en)

Mitglied 2
Name, Adresse
Unterschrift(en)

Mitglied 3
Name, Adresse
Unterschrift(en)

Mitglied 4
Name, Adresse
Unterschrift(en)

Für weitere Mitglieder einer Bewerber-/Bieterinnengemeinschaft ist das Formular entsprechend zu ergänzen.

Dienstleistungen

Formblatt F 10

Auflistung Verwertungs-/ Entsorgungsanlagen und Erklärung über Zertifizierung als Entsorgungsfachbetrieb (Efb) gemäß § 56 KrWG

(von der Bieterin, bei Bieterinnengemeinschaften von den Mitgliedern
einzeln auszufüllen, das Formblatt ist erforderlichenfalls zu vervielfältigen)

Name der Firma	Anlagenstandort (Straße, Ort, Land)	Zertifiziert als Efb nach § 56 KrWG/ gleichwertiges Zertifikat (gilt für Anlagen im Ausland)
		ja/nein
		ja/nein
		ja/nein
		ja/nein
		ja/nein
		ja/nein
		ja/nein

Dienstleistung

Formblatt F 11

Erklärung zum Einsatz von Unterauftragnehmer*innen

(**Von der Bieterin**, bei Bieterinnengemeinschaften von jedem Mitglied **auszufüllen und einzureichen**. Das Formblatt ist erforderlichenfalls zu vervielfältigen.)

Name der Bieterin, des Mitglieds der Bieterinnengemeinschaft oder des Drittunternehmens: _____

Ich/Wir erkläre(n) mit Abgabe des Angebotes, dass

1. dass bekannt ist, dass ich/wir Leistungen, auf die mein/unser Betrieb eingerichtet ist, nur mit schriftlicher Zustimmung der Wirtschaftsbetriebe Duisburg - AöR an Unterauftragnehmer*innen übertragen darf/dürfen und nach Vertragsschluss mit einer Zustimmung hierzu nicht rechnen kann/können.
2. eine Auflistung von Leistungen dem Angebot beigelegt haben die obwohl mein/unser Betrieb auf die Leistung eingerichtet ist auf Unterauftragnehmer*innen übertragen werden sollen.
3. eine Auflistung von Leistungen dem Angebot beigelegt haben auf die mein/unser Betrieb nicht eingerichtet ist auf Unterauftragnehmer*innen übertragen werden sollen.
4. ich/wir unabhängig von der Art der rechtlichen Beziehung zur Unterauftragnehmer*innen über die diesem zustehenden Mittel zur Ausführung der angebotenen Leistung und im gesamten erforderlichen Leistungszeitraum tatsächlich verfügen.
5. ich/wir Unterauftragnehmer*innen davon in Kenntnis zu setzen haben, dass es sich um einen öffentlichen Auftrag handelt.
6. ich/wir den Unterauftragnehmer*innen keine, insbesondere hinsichtlich der Zahlungsweise, ungünstigeren Bedingungen auferlegen, als sie zwischen mir/uns und der AG vereinbart werden.

Ich/Wir nehme(n) zur Kenntnis, akzeptiere(n) und bestätige(n) mit Abgabe des Angebotes, dass eine Bieterin vom Verfahren ausgeschlossen werden kann, wenn sich im Rahmen der Überprüfungen anlässlich der Bieterinnenauswahl oder der Angebotsprüfung Angaben als unrichtig erweisen.

Dienstleistungen

Formblatt F 12

Erklärung zum Versicherungsschutz

(Von der Bieterin, bei Bietergemeinschaften von jedem Mitglied zu einzureichen. Das Formblatt ist erforderlichenfalls zu vervielfältigen.)

Name der Bieterin, des Mitglieds der Bietergemeinschaft oder des
Drittunternehmens:

Ich/Wir erkläre (n) mit Abgabe des Angebotes, dass

- ich/wir über eine Betriebshaftpflichtversicherung mit Mindestdeckungssumme für Personenschäden i. H. v. 2.000.000 EUR, Sachschäden 1.000.000 EUR und Vermögensschäden 100.000 EUR verfügen.

Ich / Wir verpflichte(n) mich / uns mit Abgabe des Angebotes, diese Erklärung, sofern das Angebot in die engere Wahl kommt, durch eine Kopie der Versicherungspolice oder Bestätigung der Versicherungsgesellschaft zu ersetzen.

Formblatt F13

Nachweis zur Einhaltung der Umweltrelevanten Kriterien

(von der Bieterin, bei Bietergemeinschaften von den Mitgliedern einzeln auszufüllen, das Formblatt ist erforderlichenfalls zu vervielfältigen)

Ich/ Wir erkläre(n) mit Abgabe des Angebotes,

- ☐ dass die energetische Verwertung der Sortierreste mit angegliederter Nutzung der Kraft-Wärme-Kopplung und angeschlossener Erzeugung von Fernwärme durchgeführt wird.
- ☐ dass die energetische Verwertung der Sortierreste mit angegliederter Nutzung der Kraft-Wärme-Kopplung durchgeführt wird.
- ☐ dass die Sortierreste einer energetischen Beseitigung zugeführt werden.

(Achtung: Bewertungskriterium! Bitte zutreffendes ankreuzen!)

Eigenerklärung
zur Umsetzung von Artikel 5kⁱ Absatz 3 der Verordnung (EU) 2022/576
des Rates vom 8. April 2022

1. Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir nicht zu nachfolgend aufgeführten Personen, Organisationen oder Einrichtungen zählen
 - russische Staatsangehörige oder in Russland niedergelassene natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen,
 - juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, deren Anteile zu über 50 % unmittelbar oder mittelbar von einer der unter Buchstabe a genannten Organisationen gehalten werden, oder
 - natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung einer der unter Buchstabe a oder b genannten Organisationen handeln.
2. Ich/wir erkläre(n), dass am Auftrag keine Unternehmen im Sinne der Nr. 1 als Unterauftragnehmer, Eignungsleiher oder Lieferanten beteiligt sind (soweit mehr als 10% des Auftragswertes auf die Unternehmen entfallen).

Mit der elektronischen Abgabe dieser Eigenerklärung über das Bietertool des Vergabemarktplatzes NRW zusammen mit dem Teilnahmeantrag, der Interessenbestätigung oder dem Angebot gilt diese als vom Bewerber bzw. Bieter unterschrieben. Auf das Formular 312/322 EU wird hingewiesen.

Bei der Abgabe des Teilnahmeantrages, der Interessenbestätigung oder dem Angebot durch eine Bewerber-/Bietergemeinschaft gilt diese Erklärung durch die nachstehende Angabe der Mitglieder der Bewerber-/Bietergemeinschaft von jedem Mitglied als unterschrieben:

Name des Bewerbers oder der Bewerber-/Bietergemeinschaft:

Name des Unternehmens (im Falle einer Bewerber-/Bietergemeinschaft)

Name des Unternehmens (im Falle einer Bewerber-/Bietergemeinschaft)

Name des Unternehmens (im Falle einer Bewerber-/Bietergemeinschaft)

Name des Unternehmens (im Falle einer Bewerber-/Bietergemeinschaft)

Name des Unternehmens (im Falle einer Bewerber-/Bietergemeinschaft)

ⁱ Artikel 5k der VO (EU) 2022/576 lautet wie folgt:

„(1) Es ist verboten, öffentliche Aufträge oder Konzessionen, die in den Anwendungsbereich der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe sowie unter Artikel 10 Absatz 1, Absatz 3, Absatz 6 Buchstaben a bis e, Absatz 8, Absatz 9 und Absatz 10 und die Artikel 11, 12, 13 und 14 der Richtlinie 2014/23/EU, unter die Artikel 7 und 8, Artikel 10 Buchstaben b bis f und h bis j der Richtlinie 2014/24/EU, unter Artikel 18, Artikel 21 Buchstaben b bis e und g bis i, Artikel 29 und Artikel 30 der Richtlinie 2014/25/EU und unter Artikel 13 Buchstaben a bis d, f bis h und j der Richtlinie 2009/81/EG fallen, an folgende Personen, Organisationen oder Einrichtungen zu vergeben bzw. Verträge mit solchen Personen, Organisationen oder Einrichtungen weiterhin zu erfüllen:

- a) russische Staatsangehörige oder in Russland niedergelassene natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen,
- b) juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, deren Anteile zu über 50 % unmittelbar oder mittelbar von einer der unter Buchstabe a genannten Organisationen gehalten werden, oder
- c) natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung einer der unter Buchstabe a oder b genannten Organisationen handeln,

auch solche, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Sinne der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe in Anspruch genommen werden.

(2) Abweichend von Absatz 1 können die zuständigen Behörden die Vergabe oder die Fortsetzung der Erfüllung von Verträgen genehmigen, die bestimmt sind für

a) den Betrieb ziviler nuklearer Kapazitäten, ihre Instandhaltung, ihre Stilllegung, die Entsorgung ihrer radioaktiven Abfälle, ihre Versorgung mit und die Wiederaufbereitung von Brennelementen und die Weiterführung der Planung, des Baus und die Abnahmetests für die Indienststellung ziviler Atomanlagen und ihre Sicherheit sowie die Lieferung von Ausgangsstoffen zur Herstellung medizinischer Radioisotope und ähnlicher medizinischer Anwendungen, kritischer Technologien zur radiologischen Umweltüberwachung sowie für die zivile nukleare Zusammenarbeit, insbesondere im Bereich Forschung und Entwicklung,

b) die zwischenstaatliche Zusammenarbeit bei Raumfahrtprogrammen,

c) die Bereitstellung unbedingt notwendiger Güter oder Dienstleistungen, wenn sie ausschließlich oder nur in ausreichender Menge von den in Absatz 1 genannten Personen bereitgestellt werden können,

d) die Tätigkeit der diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Union und der Mitgliedstaaten in Russland, einschließlich Delegationen, Botschaften und Missionen, oder internationaler Organisationen in Russland, die nach dem Völkerrecht Immunität genießen.

e) den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Erdgas und Erdöl, einschließlich raffinierter Erdölerzeugnisse, sowie von Titan, Aluminium, Kupfer, Nickel, Palladium und Eisenerz aus oder durch Russland in die Union, oder

f) den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Kohle und anderen festen fossilen Brennstoffen, die in Anhang XXII aufgeführt sind, bis 10. August 2022.

(3) Der betreffende Mitgliedstaat unterrichtet die anderen Mitgliedstaaten und die Kommission über jede nach diesem Artikel erteilte Genehmigung innerhalb von zwei Wochen nach deren Erteilung.

(4) Die Verbote gemäß Absatz 1 gelten nicht für die Erfüllung — bis zum 10. Oktober 2022 — von Verträgen, die vor dem 9. April 2022 geschlossen wurden.“

Wirtschaftsbetriebe Duisburg - AöR

Ausschreibung über die Übernahme, Sortierung und Verwertung von stoffgleichen Nichtverpackungen „sNVP“ (AVV 150106)

1. Vorbemerkungen und Vertragsbedingungen zur Leistung, Seite 1 - 42
2. Allgemeine Einkaufsbedingungen der Wirtschaftsbetriebe Duisburg – Anstalt öffentlichen Rechts (WBD-AöR), Seite 43 - 47
3. Besondere Vertragsbedingungen des Landes Nordrhein-Westfalen zur Einhaltung des Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen (BVB Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen), Seite 48 - 50

↑ Seiten 1 - 50 bitte nicht einreichen

↓ Seiten 51 - 75 bitte einreichen

4. Leistungsverzeichnis, Seite 51 - 52
5. Anlage 1 – Checkliste, Seite 53 - 56
6. Anlage 2 – Formblatt F1 bis F13, Seite 57 - 70
7. Anlage 3 – Formular 523 EU - Eigenerklärung Sanktionspaket 5 EU, Seite 71 - 72
8. Anlage 4 – Aufstellung der Unterlagen, Seite 73
9. Vordruck „Erklärung der Bieterin zum Gesamtangebot“, sowie § 13 der Hauptsatzung der Stadt Duisburg, Seite 74 - 75

Sonstige Anlagen:

10. Verhütung und Bekämpfung von Korruption der WBD - AöR, Seiten 1 - 4

Wir erklären mit Abgabe des Angebotes,

dass uns die vorstehend unter Ziffer **1 bis 10** aufgeführten Unterlagen bekannt sind, bzw. dass wir uns vor Angebotsabgabe Einblick verschafft haben und diese für den Fall der Auftragserteilung als verbindliche Bestandteile des Vertrages anerkennen.

Angebotssumme (Netto)	_____	EUR
+ 19 % Mehrwertsteuer	_____	EUR
Angebotssumme (Brutto)	=====	EUR

Erklärung der Bieter*in

- Die in den Allgemeinen Einkaufsbedingungen der Wirtschaftsbetriebe Duisburg - AöR und den kaufmännischen Vorbemerkungen zur Leistung enthaltenen Vertragsgrundlagen sind mir bekannt. Sie werden von mir für den Fall der Auftragserteilung als verbindliche Bestandteile des Vertrages anerkannt.
- Ich versichere, dass ich aus Anlass dieser Ausschreibung keine unzulässige wettbewerbsbeschränkte Absprache, insbesondere über die Abgabe oder Nichtabgabe von Angeboten, über die hierbei zu fordernden Preise, über die Entrichtung einer Ausfallentschädigung (Gewinnbeteiligung oder sonstige Abgaben) sowie über die Festsetzung oder Empfehlung von Preisen, soweit sie nach dem Gesetz über Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) vom 20.2.1990 - in der jeweils gültigen Fassung - nicht zulässig sind, getroffen haben.
Falls sich herausstellt, dass meine Erklärung unrichtig war, bin ich verpflichtet, einen Betrag in Höhe von 3 v.H. der Auftragssumme an den Auftraggeber zu zahlen.
Auch wenn mir der Auftrag nicht erteilt wird, bin ich im Falle einer Beteiligung an einer solchen unzulässigen Absprache verpflichtet, eine Vertragsstrafe in Höhe von 3 v.H. der Endsumme meines Angebots an den Auftraggeber zu zahlen.
Ansprüche auf Ersatz eines höheren Schaden bleiben jeweils unberührt.
- Ich habe mich vor Abgabe des Angebots über die Art der Ausführung der Arbeiten hinreichend unterrichtet.
Ich kenne die für meinen Fachbereich gültigen und zu beachtenden gesetzlichen und behördlichen Vorschriften und werde sie bei der Erfüllung dieses Vertrages beachten.
- Ich erkläre, dass ich meine gesetzlichen Pflichten zu Zahlung der Bundes-, Landes- und Gemeindesteuern und der Sozialversicherungsbeiträge erfülle. Ebenso verpflichte ich mich, alle Tarifverträge und arbeitsrechtlichen Bestimmungen - insbesondere die Arbeitnehmerschutzgesetze - zu beachten. Die Regelungen des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes halte ich ein. Ich übernehme die Gewähr, dass von mir eingesetzte Subunternehmer die gleiche Verpflichtung erfüllen. Auf Verlangen wird der Nachweis erbracht. Ich unterwerfe mich der fristlosen Auftragskündigung mit allen sich daraus möglicherweise ergebenden Schadenersatzverpflichtungen, wenn mir Verstöße nachgewiesen werden.
- Ich erkläre mit Abgabe des Angebotes, dass ich
 - a) mein Gewerbe ordnungsgemäß angemeldet habe und (nur bei Handwerksbetrieben) die Eintragung in die Handwerksrolle vorgenommen worden ist.
 - b) mein Haftpflichtrisiko ausreichend gedeckt habe.
 Auf Verlangen wird der Nachweis erbracht.
- Die Vollständigkeit der Angebotsunterlagen habe ich überprüft und erkenne sie hiermit an.
- Es ist mir bekannt, dass mir, falls die Unrichtigkeit meiner vorstehenden Angaben festgestellt wird, der Auftrag nicht erteilt bzw., wenn er schon erteilt ist, mit sofortiger Wirkung entzogen werden kann.
- Von § 13 der Hauptsatzung der Stadt Duisburg (s. Rückseite) habe ich Kenntnis genommen. Sofern Umstände vorliegen, die im Falle der Auftragserteilung eine Genehmigung des Vertrages gem. § 13 der Hauptsatzung erforderlich machen, erkläre ich dies in einem gesonderten Schreiben zur Angebotsabgabe.

_____ den _____
Ort Datum

§ 13 der Hauptsatzung der Stadt Duisburg

(1) Verträge der Stadt mit einem Rats- oder Ausschussmitglied, einem Mitglied der Bezirksvertretung, mit der Oberbürgermeisterin bzw. dem Oberbürgermeister oder einer Beigeordneten bzw. einem Beigeordneten bedürfen der Genehmigung durch den Rat der Stadt. Ebenfalls genehmigungsbedürftig sind Verträge mit Ehegattinnen und Ehegatten, Lebenspartnerinnen und Lebenspartnern eingetragener Lebenspartnerschaften im Sinne des § 1 Abs. 1 Lebenspartnerschaftsgesetz, Geschwistern und Verwandten ersten Grades dieses Personenkreises. Dasselbe gilt, wenn ein Vertrag mit einer rechtsfähigen Gesellschaft geschlossen wird, an der eine Person maßgeblich beteiligt oder allein oder mit anderen zur Vertretung berechtigt ist.

Entscheidet eine Betriebsleitung eine Vergabe oberhalb einer Wertgrenze von 25.000 Euro an eine Person des in Satz 1 oder 2 genannten Personenkreises oder an eine rechtsfähige Gesellschaft, an der eine Person dieses Personenkreises maßgeblich beteiligt oder für die sie allein oder mit anderen berechtigt ist, so ist der Betriebsausschuss für die Erteilung der Genehmigung zuständig.

(2) Die Genehmigung durch den Rat gilt als erteilt:

1. bei arbeits- und tarifrechtlichen Entscheidungen und Geschäften der laufenden Verwaltung bis zu einer Wertgrenze von 5.000 Euro, bei Vergaben im Bereich der VOB und UVgO bis zu 25.000 Euro,
2. bei Verträgen, die aufgrund öffentlicher oder beschränkter Ausschreibungen nach Entscheidung des hierzu ermächtigten Ausschusses geschlossen werden.

Das Rechnungsprüfungsamt legt von den Verträgen gem. Satz 1 dem Rechnungsprüfungsausschuss jährlich eine Zusammenstellung vor.

(3) Verträge der Stadt mit nachgeordneten Dienstkräften bedürfen der Zustimmung der Oberbürgermeisterin bzw. des Oberbürgermeisters, Hiervon ausgenommen sind Verträge, die auf allgemein verbindlichen Tarifen oder Ordnungen beruhen.

*) Änderung vom 12.12.2005

Zur Beachtung!

Werden die Wirtschaftsbetriebe Duisburg - AöR in eigenem Namen und auf eigene Rechnung tätig, so wird der §13 der Hauptsatzung der Stadt Duisburg analog angewandt.